Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags 16 Uhr. Bezugspreis monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,60 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut ausliegender Preisliste Nr. 8. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpf. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. — Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts

Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt

Nr. 98 — 98. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 28. April 1939

Das Programm für den 1. Mai

Der Nationale Feiertag des Deutschen Volkes

Am Nationalen Feiertag des Deutschen Volkes — 1. Mai — werden in diesem Jahre in Berlin folgende Veranstaltungen durchgeführt:

Am Sonnabend, dem 29. April, von 20 bis gegen 21.30 Uhr, erfolgt die feierliche Uebergabe des aus dem Sudetengau kommenden Maibaumes durch Gauleiter Konrad Henlein an den Oberbürgermeister und Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Dr. Lippert. Im Rahmen dieser Feier werden im Lustgarten Volkstänze gezeigt, und es findet ein Volksliedersingen statt.

Am Sonntag, dem 30. April, um 12 Uhr, wird der Führer im Mosaiksaal der Neuen Reichskanzlei Musterbetriebe auszeichnen. Anläßlich dieser Feierstunde werden an die neu ausgezeichneten Betriebe auch die Fahnen zur Verleihung kommen.

Um 16.30 Uhr in den Festräumen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda Empfang der Ehrenabordnungen der Deutschen Arbeiterschaft durch Gauleiter Reichsminister Dr. Goebbels in Anwesenheit des Leiters der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley und des Reichsjugendführers Baldur von Schirach.

Der 1. Mai

Von 8.30 bis 9.15 Uhr Jugendkundgebung der Berliner HJ. im Olympia-Stadion. Der Reichsjugendführer, der Gauleiter Dr. Goebbels und der Führer werden zur Jugend sprechen.

Um 10 Uhr findet im Deutschen Opernhaus in Anwesenheit des Führers die Festsitzung der Reichskulturkammer statt. Der Präsident der Reichskulturkammer, Reichsminister Dr. Goebbels, wird sprechen und die Träger des nationalen Film- und Buchpreises für 1939 verkünden.

12 Uhr Staatsakt im Lustgarten.

Die Schaffenden Berlins werden in der Straße Unter den Linden vom Brandenburger Tor bis zur Schloßbrücke und im Lustgarten aufmarschieren. Die Rede, die der Führer im Lustgarten hält, wird auf die gesamte Aufmarschstrecke übertragen.

Der Aufmarsch der Schaffenden Berlins zur Feststrecke erfolgt in der Zeit von 9 bis 11 Uhr.

Gegen 11 Uhr werden die Ehrenabordnungen der Deutschen Arbeiterschaft durch das Brandenburger Tor über die Mittelpromenade der Straße Unter den Linden zum Lustgarten fahren und auf einer besonderen Tribüne Platz nehmen.

Um 11.30 Uhr erfolgt der feierliche Einmarsch von 19 Standarten, 694 Fahnen und Stander.

Bei der Ankunft des Führers im Lustgarten werden eine Ehrenkompanie des Heeres, eine Ehrenkompanie der Leibstandarte SS „Adolf Hitler" und eine Ehrenhundertschaft der Schutzpolizei die Ehrenbezeigung erweisen.

Verlauf des Staatsaktes

Begrüßungsansprache des Gauleiters Reichsminister Dr. Goebbels. Ansprache des Leiters der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley. Es spricht der Führer.

Nach Beendigung der Kundgebung, gegen 13 Uhr, wird der Führer wie in den vergangenen Jahren über die Mittelpromenade der Straße Unter den Linden an den Volksgenossen vorbei zur Reichskanzlei zurückfahren.

Um 15 Uhr Empfang der Ehrenabordnungen der Deutschen Arbeiterschaft durch den Führer im Mosaiksaal der Neuen Reichskanzlei. Anschließend Kaffeetafel für die Arbeiterabordnungen in der Neuen Reichskanzlei.

Wie in den vergangenen Jahren, so werden die feierlichen Veranstaltungen in Berlin auch diesmal wieder durch eine große Abendkundgebung im Lustgarten abgeschlossen. An dieser Abendkundgebung nimmt ein Fackelzug von 15 000 Mann teil. Dieser marschiert um 20 Uhr vom Bahnhof Frankfurter Allee ab und nimmt folgenden Weg:

Frankfurter Allee — Große Frankfurter Straße — Frankfurter Straße — Landsberger Straße — Alexanderplatz — Königstraße — Schloßplatz — Schloßfreiheit.

22 Uhr Beginn der Abendkundgebung.

Begrüßungsansprache des Gaupropagandaleiters Wächter. Es spricht Generalfeldmarschall Göring. Großer Zapfenstreich, ausgeführt durch vier Musikkorps des Heeres mit verstärktem Spielmannszug.

Nach dem Großen Zapfenstreich Höhenfeuerwerk im Lustgarten.

Falscher Zungenschlag

Die englische Presse hat die freche Unterstellung gemacht, daß der englische Botschafter Henderson wieder nach Berlin geschickt worden sei, um dem Führer mit der britischen Wehrpflicht zu drohen. Hierzu und zu anderen unverschämten, taktlosen Provokationen der englischen Journaille hat Reichsminister Dr. Goebbels in einem Artikel Stellung genommen. Dr. Goebbels bringt zum Ausdruck, daß die Engländer oft in ihrer Auseinandersetzung mit Deutschland sagen, daß mit uns nicht zu reden sei. Sie haben recht, wenn sie glauben, uns gegenüber einen solchen Ton anschlagen zu können. Denn Deutschland ist kein englisches Protektoratsgebiet, und die Engländer täten gut daran, mit uns zu verkehren, wie man im allgemeinen mit einer Großmacht zu verkehren pflegt.

Was würden die Engländer wohl dazu sagen, wenn in der deutschen Presse geschrieben würde, der deutsche Botschafter in London sei mit einem Sonderauftrag und mit einem Angebot zurückgekehrt, das London zum sofortigen Beweis seines Friedenswillens annehmen müsse. Oder der deutsche Botschafter werde dem englischen Außenminister erklären, daß Deutschland eine radikale Politik einschlagen werde, solange es keine beruhigenden Versicherungen und Schritte von seiten Englands gebe. Deutschland müsse ausreichende Beweise für einen völligen Umschwung in der Politik Englands haben. Derartige Beweise seien die Zurückziehung der englischen Truppen, sagen wir aus Palästina, Einstellung der englischen Pressekampagne gegen Deutschland und einschneidende Maßnahmen der englischen Abrüstung. Oder der deutsche Botschafter werde bei der englischen Regierung vorstellig werden, um drastischen Einfluß auf die bevorstehende Erklärung Chamberlains vor dem Unterhaus auszuüben.

Die englische öffentliche Meinung würde wahrscheinlich in Siedewut geraten, so meint Dr. Goebbels mit Recht, denn ein solches Verfahren sei unter Großmächten nicht üblich. Es sei taktlos, dumm dreist und unverschämt, und wenn es von London gegen uns angewandt werde, entspreche es außerdem in keiner Weise den gegenwärtigen Machtverhältnissen zwischen Deutschland und England. Trotzdem schreibe die englische Presse so. Und deshalb müßten wir ihr auf die Finger klopfen.

Die Engländer hätten sich allmählich nunmehr daran zu gewöhnen, daß, was für sie recht, für uns billig sei. Deutschland sei in keiner Weise mehr geneigt, sich von London aus eine Behandlung gefallen zu lassen, die London, würde sie von Deutschland England gegenüber versucht werden, mit Recht voll Empörung zurückweisen würde. Es erübrige sich, auf die frechen und taktlosen Unterstellungen der englischen Presse noch näher einzugehen. Wir seien nicht streitsüchtig. Und Dr. Goebbels betont zum Schluß seiner Ausführungen: „Wir wollen unser Recht, und zwar gründet sich dieser Anspruch auf unser Recht auf sehr sachliche und durchschlagende Argumente. Aber wo man uns dumm kommt, da setzen wir nach guter, alter deutscher Sitte auf einen groben Klotz einen groben Keil."

Chamberlain in der Krise

Oeffentliche Minderung britischen Ansehens festgestellt

Im Unterhaus brachte Ministerpräsident Chamberlain am Donnerstag den Antrag der Regierung über die Einführung des Zwangsdienstes ein. Chamberlain erklärte dabei: „Ich glaube, daß es wichtig ist, daß eine Erklärung in dieser Woche abgegeben wurde, weil, wenn sie bis zur nächsten Woche aufgeschoben worden wäre, fast jeder Beschluß mit der Rede des deutschen Reichskanzlers in Verbindung gebracht worden wäre. Wir besitzen keine Informationen über den möglichen Inhalt der Rede. Unsere Vorschläge sind ganz unabhängig davon."

Chamberlain unterzog sich dann der Aufgabe eines Nachweises, daß die Regierung ihre bekannten Versprechen, in Friedenszeiten keine Wehrpflicht einzuführen, nicht gebrochen habe. Zur Zeit solcher Versprechen habe — im Unterschied zum gegenwärtigen Augenblick (??) — in keinem Falle ein Krieg gedroht. Die tschecho-slowakische Frage sei damals noch nicht so sehr in den Vordergrund getreten und die Aufrüstung hätte nicht die Ausmaße und das Tempo von heute angenommen. Noch am 29. März habe er die Frage, ob die Regierung die Absicht habe, das Freiwilligensystem beizubehalten mit ja beantwortet. Seitdem — fuhr Chamberlain allen Ernstes fort — habe sich jedoch die Lage und damit seine Ansicht geändert. Großbritannien habe sich seitdem verpflichtet gefühlt, Polen, Griechenland und Rumänien Zusicherungen zu geben. Wenn diese Zusicherungen wirksam sein sollten, müßten sie das Vertrauen einflößen, daß Großbritannien auch wirklich die Absicht habe, sie zu halten. Es würden Zweifel darüber geäußert, ob Großbritannien es ernst meine. Durch die Zweifel sei die gesamte Anstrengung zur Schaffung einer gemeinsamen Front gegen die Herrschaft der Gewalt (siehe Palästina! — Die Schriftltg.) in Zweifel gestellt worden.

Das in der Gesetzesvorlage liegende Abweichen von geheiligten britischen Traditionen habe immerhin, so hieß es weiter in Chamberlains Worten, zuwege gebracht, daß alle Freunde Großbritanniens sich erleichtert und ermutigt fühlten. Chamberlain erklärte dann weiter, es sei nicht ratsam für ihn, wenn er des näheren erläutere, welche Lücken in der Rüstung Großbritanniens beständen, die durch die geplanten Maßnahmen ausgefüllt werden sollten! Chamberlain wies dann darauf hin, wie schwierig es sei, gleichzeitig eine Wehrpflicht des Kapitals einzuführen und schloß mit einem Appell an die Labour-Partei.

Mißtrauensantrag Attlees

Nachdem Ministerpräsident Chamberlain seine Ausführungen beendet hatte, beantragte der Leiter der Opposition, Attlee, unter stürmischem Beifall seiner Anhänger, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen. Attlee hat dabei die Unterstützung auch der Gewerkschaften.

Im Oberhaus wurde der Vorschlag der Regierung, einen zwangsweisen Militärdienst einzuführen, ohne Abstimmung angenommen.

•

Ursache und Wirkung verwechselt

Hierzu schreibt der „Deutsche Dienst" u. a.:

Bei diesem neuen Versuch Chamberlains, die radikale Schwenkung in der Wehrpflichtfrage, in der die Opposition einen Wortbruch der Regierung sieht, zu rechtfertigen, ist dem englischen Premierminister eine interessante Feststellung entschlüpft.

Er gab zu, daß er noch am 29. März d. h. 14 Tage nach der Errichtung des Protektorats über Böhmen und Mähren, die nun an allem schuld sein soll, zu seinem Wort gestanden und öffentlich die Wehrpflicht abgelehnt habe. Seit diesem 29. März aber habe sich die Lage radikal geändert, denn seither habe England neue Verpflichtungen gegenüber Polen, Rumänien und Griechenland übernommen. Hier liegt in der Tat der Schlüssel zur Aufklärung des Chamberlainschen Umfalls. Am 29. März nämlich traf der polnische Außenminister Beck in London ein.

Beck fand dort den englischen Garantievorschlag vor, der ihm aber nur akzeptabel schien, wenn England diejenigen Anstrengungen macht, die in den Augen Polens, Sowjetrußlands und Frankreichs einer Garantie erst Substanz verleihen können: die Einführung der Wehrpflicht.

Demnach hatte sich seit dem 29. März nicht die Lage, sondern die englische Außenpolitik geändert. Sie hat damals diplomatisch und seit gestern auch militärisch den Kopfsprung in die Kontinentalpolitik vollzogen. Chamberlain verwechselt also die Ursache und Wirkung, d. h. die Verantwortung für den historischen Abgang von der englischen Wehrtradition, aber auch von jener Politik der friedlichen und klaren Scheidung der weltpolitischen Generallinien der beiden Nationen, die Deutschland vorgeschwebt und für die es sichtbare Beiträge geliefert hat, fällt England zu.

Chamberlain hat recht: Die englische Regierung hat in diesen Tagen in der Tat unter Druck gehandelt, wie des öfteren in den letzten Wochen, als sie gewisse, mehr von Affekten als von ruhigen Interessenserwägungen bewirkte Entschlüsse faßte. Die Kräfte und Umstände aber, die auf die englischen Entschließungen den entscheidenden Druck ausübten, hatte Chamberlain durch Gerüchtemacherei und Beistandsangebote selbst auf den Posten gerufen.

Der Sprung Englands nach Ost- und Südosteuropa ist an sich schon ein zu klarer Beweis des Willens zur Abschnürung deutscher Lebensinteressen, als daß von ihm beruhigende und friedliche Wirkungen ausgehen könnten. Angesichts des deutsch-englischen Flottenvertrages kann dieser prinzipielle Entschluß zur Steigerung des englischen Kriegspotentials zu Lande nichts anderes bedeuten, als daß man die deutsche Respektierung der englischen Lebenszonen und Lebensinteressen in den Wind zu schlagen im Begriff ist, ohne zu bedenken, daß dieses zu einem Bumerang werden könnte, der zurückfliegt.

Die Erfahrungen mit dem „beruhigenden Einfluß" englischer und französischer Machtgesten auf den tschechischen Schützling erlauben es auch nicht, anzunehmen, daß bei allen Neu-Garantien der Sinn für nüchterne Betrachtung ihrer Lage und der Wille zur konstruktiven nachbarlichen Friedenspolitik gestärkt werden. Vor allem aber: Keine der wichtigen Fragen, die so oder so noch zu lösen sind, wenn wirklich eine echte Entspannung in Europa Platz greifen soll, ist durch die Maßnahmen und Gesten der englischen Außenpolitik der letzten Wochen auch nur einen Schritt zum friedlichen Ziel vorwärtsgekommen. An dieser Stelle aber beginnt die entscheidende Verantwortung Englands für die weitere Entwicklung.

Erneut Bemannung in der Luftabwehr

Kennzeichnend für die Betriebsamkeit des Kriegsministers Hore-Belisha ist eine Bekanntmachung seines Ministeriums, wonach in Kürze Territorialtruppen und Luftabwehreinheiten zur Bemannung der Luftabwehrgeschütze einberufen würden. Diesen Einheiten wird eine große Anzahl Rekruten zugeteilt, die jetzt ausgehoben würden.

Die Maßnahme des Kriegsministeriums dürfte praktisch bedeuten, daß die Luftabwehrbatterien von jetzt ab ständig bemannt bleiben.

Die Wehrvorlage angenommen

In der Abstimmung wurde die Wehrvorlage im Unterhaus mit 376 gegen 145 Stimmen angenommen. Der Mißtrauensantrag der Labour-Partei wurde mit 389 gegen 148 Stimmen abgelehnt.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF